Eigenthum, Druck und Verlag von R. Graßmann.
Annahme von Inseraten Schulzenstraße 9 und Kirchplatz 3.
Redaktion und Expedition Kirchplatz 3.

Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfg., mit Trägerlohn 70 Pfg.,
auf der Post vierteljährlich 2 Mk., mit Landbriefträgergeld 2 Mk. 50 Pfg.
Inserate die Petitzeile 15 Pfennige.

Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe. Freitag, den 4. März 1887. Nr. 105.

Die Eröffnung des Reichstages.

Berlin, 3. März.

Nach Allerhöchster Bestimmung Sr. Majestät des Kaisers vom 23. Februar ist der Reichstag heute, Mittags 12 Uhr eröffnet worden.

Der der Eröffnung vorhergehende Gottesdienst wurde für die evangelischen Mitglieder im Dom abgehalten und begann um 11 Uhr. Der Ober-Konsistorial-Rath Ober-Hofprediger D. Kögel legte seiner Predigt den Text Matth. 12, 25 zum Grunde: „Jesus vernahm aber ihre Gedanken und sprach zu ihnen: Ein jegliches Reich, so es mit sich selbst uneins wird, das wird wüste; und eine jegliche Stadt oder Haus, so es mit sich selbst uneins wird, mag nicht bestehen." Se. kaiserl. und königl. Hoheit der Kronprinz und Se. königl. Hoheit der Prinz Alexander wohnten dem Gottesdienste bei. Für die katholischen Mitglieder des Reichstages fand um 11½ Uhr in der St. Hedwigskirche eine Segensandacht statt, welche der Probst Aßmann hielt.

Nach beendigtem Gottesdienst begaben sich die Bevollmächtigten zum Bundesrath nach dem Marine-Salon (dem früheren Grünen Salon) des königlichen Schlosses. Die Abgeordneten zum Reichstage nahmen im Weißen Saale in dem mittleren, dem Thron gegenüber belegenen Raume Aufstellung. Für die Mitglieder des diplomatischen Korps war auf der nach der Kapelle zu belegenen Tribüne eine Loge bereit gehalten.

Sobald im Weißen Saale die Abgeordneten zum Reichstage versammelt waren, erschienen unter Vortritt des Staats-Ministers, Staatssekretärs des Innern, von Bötticher, die Bevollmächtigten zum Bundesrath und stellten sich links von dem Thron auf. Der Staatsminister v. Bötticher verlas hierauf die folgende Allerhöchste Botschaft:

Geehrte Herren!

Se. Majestät der Kaiser haben mir den Auftrag zu ertheilen geruht, den neugewählten Reichstag in Allerhöchstihrem und der verbündeten Regierungen Namen willkommen zu heißen.

Ihre Thätigkeit in der bevorstehenden Session wird durch eine Reihe wichtiger Vorlagen in Anspruch genommen werden.

Der Gesetzentwurf über die Friedenspräsenzstärke des deutschen Heeres, welcher zum Bedauern der verbündeten Regierungen in der vorgelegten Form die Zustimmung des vorigen Reichstages nicht gefunden hat, wird Ihnen alsbald unverändert zugehen.

Im Zusammenhange mit der Heeresvorlage steht die Ihnen obliegende Aufgabe der schleunigen Berathung des Reichshaushalts-Etats. Ungeachtet des nahe bevorstehenden Ablaufes des Etatsjahres wird es hoffentlich gelingen, das Reichshaushalts-Gesetz rechtzeitig zu vereinbaren. Die Opfer, welche das etatsmäßige Ausgabebedürfniß beansprucht, sind, ungeachtet der bei der Veranschlagung desselben beobachteten Sparsamkeit, nicht gering. Unsere finanzielle Lage weist daher darauf hin, die eigenen Einnahmen des Reiches durch die Beschaffung neuer Einnahmequellen zu verstärken und unsere Steuergesetzgebung im Sinne einer gerechten und der Leistungsfähigkeit der Steuerzahler entsprechenden Vertheilung der Lasten auszugestalten. Die verbündeten Regierungen geben sich der Hoffnung hin, daß es ihnen gelingen werde, mit dem neugewählten Reichstage zu einer Verständigung über die nöthigen Reformen unseres Steuersystems zu gelangen, die dazu erforderlichen Vorarbeiten werden ohne Verzug in Angriff genommen.

Die Thätigkeit der verbündeten Regierungen richtet sich unausgesetzt auf den weiteren Ausbau der auf der Allerhöchsten Botschaft vom 17. November 1881 beruhenden sozialpolitischen Gesetzgebung. Dabei handelt es sich zunächst darum, durch die Erstreckung der Unfallversicherung auf die von derselben noch nicht erfaßten Kreise der arbeitenden Bevölkerung einen genügend breiten und tragfähigen Untergrund für das weitere und abschließende gesetzgeberische Vorgehen zu gewinnen. Zu diesem Zwecke werden Ihnen zunächst Gesetzentwürfe über die Unfallversicherung der Seeleute und der bei Bauten beschäftigten Arbeiter zugehen.

Eine weitere Vorlage, welche den Interessen des Handwerkerstandes durch Erweiterung der den Innungen zu verleihenden Befugnisse dienen soll, ist in der Vorbereitung begriffen.

Die Anwendung des Nahrungsmittelgesetzes vom 14. Mai 1879 stößt in der Praxis auf mannigfache Schwierigkeiten. Es wird Ihnen ein Gesetzentwurf zugehen, welcher zunächst auf dem Gebiete der Verwendung gesundheitsschädlicher Farben diese Schwierigkeiten zu beseitigen sucht.

Die gesetzlich vorgeschriebene Revision des Servistarifs und der Klasseneintheilung der Orte wird durch Ihre Mitwirkung zum Abschluß zu bringen sein. Ebenso werden die noch unerledigt gebliebenen Gesetzentwürfe über die Errichtung eines Seminars für orientalische Sprachen und über Aenderungen der Gebühren-Ordnung für Rechtsanwälte Ihre Thätigkeit in Anspruch nehmen.

Die Beziehungen des deutschen Reiches zu den fremden Mächten sind heute noch dieselben wie zur Zeit der Eröffnung der vorigen Reichstags-Session. Auf Allerhöchsten Befehl habe ich die Genugthuung Sr. Majestät des Kaisers über die Kundgebungen des Papstes zum Ausdruck zu bringen, durch welche das wohlwollende Interesse Sr. Heiligkeit für das deutsche Reich und für dessen inneren Frieden bethätigt worden ist.

Die auswärtige Politik Sr. Majestät des Kaisers ist fortwährend darauf gerichtet, den Frieden mit allen Mächten und besonders mit unseren Nachbarn zu erhalten und zu pflegen. Dieser friedliebenden Politik des Kaisers vermag der Reichstag die wirksamste Unterstützung zu gewähren, wenn er schnell, freudig und einmüthig den Vorlagen zustimmt, welche die sofortige und nachhaltige Stärkung unserer defensiven Wehrkraft zum Zweck haben. Wenn der Reichstag ohne Zaudern und ohne Spaltung den Willen der Nation zum einmüthigen Ausdruck bringt, gegen jeden Angriff auf unsere Grenzen heute und jeder Zeit die ganze Fülle unserer nationalen Kraft in voller Rüstung aufzubieten, so wird der Reichstag schon durch seine Beschlüsse allein und noch vor deren Ausführung die Bürgschaften des Friedens wesentlich verstärken und die Zweifel beseitigen, welche sich an die bisherigen parlamentarischen Verhandlungen über die Vorlagen behufs Stärkung unserer Wehrkraft geknüpft haben können. Se. Majestät der Kaiser hegt zu dem gegenwärtigen Reichstage das Vertrauen, daß seine Beschlüsse der nationalen Politik der verbündeten Regierungen eine sichere Unterlage gewähren werden und schöpft aus diesem Vertrauen die Zuversicht, daß die Bemühungen Sr. Majestät, den Frieden und die Sicherheit Deutschlands zu wahren, von Gott gesegnet sein werden.

Auf Allerhöchsten Befehl Sr. Majestät des Kaisers erkläre ich im Namen der verbündeten Regierungen den Reichstag für eröffnet.

Nach Verlesung der Rede brachte der königlich baierische Bevollmächtigte zum Bundesrath, Graf von Lerchenfeld-Köfering, auf Se. Majestät den Kaiser ein Hoch aus, in welches die Versammlung dreimal lebhaft einstimmte.

Stichwahlen.

Fraustadt. v. Rheinbaben Reichsp. mit 5756 St. gewählt. Fürst Radziwill Pole erhielt 5306 St.

Homburg. Wolf Z. mit über 2500 St. Majorität gewählt.

Parchim. v. Oertzen kons. gegen den bisherigen dfr. Vertreter Hermes gewählt.

Schwerin. Wiederwahl von Haupt natl. gegen Schildt kons. gesichert.

Osnabrück. v. Scheele Welfe wiedergewählt.

Breslau. Ostkreis: v. Seydewitz kons. siegte über den bisher im Besitz befindlichen Sozialdemokraten. — Westkreis: Kräcker Soz. wiedergewählt.

Erlangen. v. Stauffenberg's Wahl gesichert.

Varel-Jever (2. Oldenburg). Rickert dfr. gewählt.

Kiel. Hänel's Wahl wird als gesichert bezeichnet.

Pinneberg. Peters natl. siegte über Molkenbuhr Soz. mit 11,832 gegen 9367 St. Bisher war der Wahlkreis freisinnig vertreten.

Kottbus. v. Funcke kons. wiedergewählt.

Reichenbach-Neurode. Porsch Z. wiedergewählt.

Lauban-Görlitz. Lüders dfr. wiedergewählt.

Würzburg. Roß Z. wiedergewählt.

Lennep-Mettmann. Schmidt dfr. mit 16,409 St. gewählt, Friedrichs natl. erhielt 16,099 St. Bisher freisinnig.

Solingen. Schumann Soz. mit 10,475 St. wiedergewählt, Melbeck Reichsp. erhielt 6880 Stimmen.

Gotha. Die Wahl des nationalliberalen Henneberg scheint gesichert. Der Wahlkreis war bisher durch den Sozialdemokraten Bock vertreten.

Deutschland.

Berlin, 3. März. Die Reichstagsmitglieder waren heute am Eröffnungstage bereits in großer Zahl, anscheinend fast lückenlos, erschienen. Im Foyer herrschte ein sehr lebhaftes Hin und Her und man unterhielt sich, nachdem man Begrüßungen ausgetauscht, hauptsächlich über den Inhalt der Thronrede, soweit er die auswärtige Lage betrifft. Man war über den ernsten Charakter der betreffenden Aeußerungen einig und zog Konsequenzen aus der vorsichtigen Zurückhaltung, die darin erkennbar genug hervortrat. Die Hoffnung, daß angesichts der ernsten Umstände, unter denen der Reichstag wieder zusammentritt, auch in den Verhandlungen des ersten Tages der Ernst und die Sachlichkeit vorwalten werde, vereitelte der Zentrumsführer Windthorst, der den Einwand erhob, man habe in der heutigen Versammlung keinen vollgültigen Reichstag vor sich, da eben noch die Stichwahlen ausstünden und die Deputirten des deutschen Volkes somit noch nicht vollzählig vorhanden seien. Uebrigens wolle Herr Dr. Windthorst keineswegs thun, was ihm auf Grund dieses Einwandes zu thun zustehe. Herr Staatsminister von Bötticher und die Herren von Bennigsen und von Kardorff waren es vornehmlich, welche die ganze Frivolität dieser Querele darlegten. Vergeblich suchte dann Herr Eugen Richter seinem arg ins Gedränge gekommenen Protektor zu Hülfe zu kommen. Mit lautem Bravo wurde über den unnützen Streit zur Tages-Ordnung übergegangen und die nächste Sitzung, in der die Präsidentenwahl stattfinden soll, zu morgen, Freitag, Nachmittag 2 Uhr, anberaumt.

— Nach den bis jetzt vorliegenden Stichwahl-Ergebnissen sind gewählt: 78 Konservative, 35 Freikonservative, 96 Nationalliberale, 2 Liberale ohne bestimmte Fraktionsstellung, 95 Klerikale, 3 Welfen, 12 Polen, 18 Elsaß-Lothringer, 1 Däne, 26 Freisinnige, 11 Sozialdemokraten. Die Mehrheit aus Nationalliberalen und Konservativen beträgt bis jetzt 211 Stimmen.

— Bei der gestrigen Stichwahl hat Fürst Bismarck auch wieder von seinem Wahlrecht Gebrauch gemacht, wie am Tage der Hauptwahl, so wurden auch gestern dem Fürsten bei seiner Ankunft zum Wahllokal und Abfahrt von demselben von dem zahlreich versammelten Publikum Ovationen dargebracht.

— Zu dem Ausfall der Reichstagswahlen im Königreich Sachsen bemerken die „Dresdener Nachrichten":

„Wenn nach Beendigung der Stichwahlen die bekannte Landkarte Deutschlands wieder erscheint, auf welcher in verschiedenen Farben angegeben ist, wie jeder der 397 Kreise gewählt hat, so wird das Auge des Patrioten mit Behagen auf der breiten Lichtfläche weilen, in welcher das Königreich Sachsen erglänzt. Nicht weniger denn 22 Wahlkreise entsandten reichstreue Männer in den neuen Reichstag, und wenn am 2. März unsere Freunde in Zittau, ermuthigt durch den Sieg ihrer Genossen, die wankenden Reihen der Deutschfreisinnigen vollends aufrollen, dann weht das Reichsbanner sieghaft über allen 23 Kreisen des Königreichs. Ausgemerzt sind dann alle Vertreter der Deutschfreisinnigen, dieser ebenso sinn- als zwecklosen Partei; niedergerissen alle rothen Fahnen! Kein Bundesstaat hat sich in der Kraftprobe des deutschen Patriotismus so bewährt, wie unser Land, kein Stamm sich so hochgemuth und tapfer bewiesen, wie der sächsische. Nirgend anders hat aber auch das Geschick und die Fähigkeit des freien Bürgerthums, alle vereinzelten Volkskräfte zu einer zielbewußten, überwältigenden Mehrheit zusammenzuschaaren, sich so leistungsfähig gezeigt, wie hier zu Lande."

— Wie die „Post" erfährt, wird demnächst eine Kommission zur reichsgesetzlichen Regelung eines Vogelschutzgesetzes zusammentreten.

— Den Gewinn aus dem Bündniß mit den Ultramontanen haben die Deutschfreisinnigen bereits eingestrichen. Von den 11 Mandaten, die sie im ersten Wahlgange behauptet haben, sind nicht weniger als 9 lediglich durch die direkte und erfolgreiche ultramontane Unterstützung gewonnen. Sämmtliche schlesische Abgeordnete der Partei, die Herren Maager, Schmieder, Hermes, Goldschmidt, Barth, haben durch direkte ultramontane Unterstützung gesiegt, für die drei erstgenannten war diese Unterstützung geradezu ausschlaggebend. Auch Herr Richter wäre in Hagen ohne die ultramontanen Stimmen nicht gewählt worden. Noch entscheidender aber war die ultramontane Unterstützung in Hessen und Nassau. Die Herren Schenck, Münch, Bamberger waren geradezu ultramontan-fortschrittliche Kandidaten und haben mehr Stimmen der ersteren als der letzteren Richtung erhalten. Nicht mit ultramontanem Oel gesalbt sind nur die Mandatsinhaber von Schleswig und Rudolstadt. Bei den Stichwahlen tritt nun das Bündniß mit den Sozialdemokraten zu Gunsten der Deutschfreisinnigen in Wirksamkeit. Was die letzteren hierbei noch gewinnen werden, wird reines Geschenk der Sozialdemokraten sein. So gut wie nirgends also siegt die Fortschrittspartei noch aus eigener Kraft. So tritt die Partei in den neuen Reichstag nicht nur mit äußerst dürftigem Bestand ein, sondern sie hat auch diesen noch lediglich der freundlichen Mitwirkung der Ultramontanen und Sozialdemokraten zu danken. Die Herren Windthorst und Bebel brauchen nur zu blasen, und auch dieses Häuflein stiebt auseinander. Daß eine solche Partei sich getraut, noch von einer Zukunft zu sprechen, ist der einzige Beweis von Muth, den sie noch zu geben vermag.

— Der „Herold" antwortet auf die Mittheilung der „Köln. Ztg.", wonach der bekannte Geheimrath von Jomini im russischen auswärtigen Amt die bekannten Artikel im „Nord" und in der „Pol. Korr." inspirirt habe, wie folgt:

„Soviel wir wissen, sind die Namen Jomini, Mohrenheim und Saburow fälschlich als die „starken Säulen der deutschfeindlichen Partei in Rußland" in einem jüngsten Pamphlet genannt. Doch davon ganz abgesehen, ist und bleibt es vollständig irrelevant, ob Herr von Jomini „deutschfreundlich" oder „deutschfeindlich" ist, derselbe ist nicht „Minister des Auswärtigen" und hat daher mit der Leitung der russischen Politik, trotz seiner hohen Stellung, nichts zu schaffen, er hat das ihm Vorgeschriebene zu erfüllen, und ob dieses oder jenes seiner unmaßgeblichen Privatansicht nach gut oder schlecht ist, muß ihm gleichgültig bleiben, denn „Dienst ist Dienst" und das Wort: „Gehorsam" wird Gott sei Dank in Rußland immer noch „groß" geschrieben und wird auch hoffentlich immer „groß" geschrieben bleiben, trotz anonym frondirender Generale und trotz offen frondirender Journalisten und hießen diese Journalisten sogar sämmtlich Katkow. Das sollte man sich doch im Auslande merken! Kann nun die „Kölnische Zeitung" wirklich ernstlich glauben, daß ein russischer Geheimrath, ein Geheimrath von Jomini es fertig bringen kann, den Korrespondenten des „Nord" in seinem Erwerb durch Abfassung von Korrespondenzen zu schädigen? Geschweige noch davon, daß der Geheimrath seine eigene hohe Stellung im Ministerium ja leichtfertiger Weise zu einer unhaltbaren machen würde?"

Ausland.

Pest, 2. März. (Ausführlichere Meldung.) Budgetausschuß der österreichischen Delegation. Auf eine Anfrage des Berichterstatters motivirte zunächst der Kriegsminister, Graf Bylandt-Rheydt eingehend die Regierungsvorlage. Danach umfassen die projektirten militärischen Vorsichtsmaßregeln nach der Zeit ihrer Durchführung drei Gruppen und zwar: solche, welche die Regierung in der Hoffnung auf Indemnitätsertheilung als unaufschiebbar bereits durchgeführt hat und welche 16²/₁₀ Mill. Fl. erforderten, solche, welche in nächster Zeit ausgeführt werden müssen — diej

erheischen $8^3/_{10}$ Millionen — und ferner solche, welche nach Maßgabe der eintretenden Nothwendigkeit, eventuell successive, durchzuführen wären, sobald die Gefahr einer Bedrohung der Monarchie deutlichere Konturen annehmen sollte. Die Verwendung des hierfür beanspruchten Kredites von 28 Mill. Fl. soll daher nur bei faktisch eintretender absoluter Nothwendigkeit und nur in dem durch die politischen Verhältnisse bedingten Umfange mit Zustimmung der beiderseitigen Regierungen erfolgen. Nach ihrem Zweck zerfallen die Gesammtauslagen in drei Kategorien: erstens jene, für deren Bedeckung in künftigen Extraordinarien vorzusorgen wäre; zweitens Auslagen für Bekleidung und Bewaffnung der eventuell in das stehende Heer einzureihenden Landwehr und Landsturmpflichtigen; für die Armee selbst sei in jeder Richtung mehr als genügend vorgesorgt; dieselbe stehe nicht nur bezüglich ihrer materiellen Ausrüstung, sondern auch in Betreff ihrer Organisation und Instruktion heute so da, wie nie bisher; — drittens Auslagen für Vorräthe und Konsumtions-Artikel verschiedener Art, um den Bedarf der ersten Wochen im Ernstfalle zu decken. Diese Maßnahmen würden eine eventuelle Mobilisirung bedeutend erleichtern, die Erreichung des Kriegszweckes wesentlich fördern und die Kosten der Mobilisirung entsprechend verringern. Indem der Minister an den Patriotismus der Delegirten appellirte, bat er, die ausschließlich für Vorkehrungs- und Vorsichtsmaßnahmen geforderten Kredite zu bewilligen.

Der Minister des Aeußern, Graf Kalnoky, erwiderte auf eine Anfrage des Berichtserstatters bezüglich der bulgarischen Frage, diese Frage bestehe zwar leider noch, sei aber in die zweite Linie gerückt und trage nicht mehr den ihr zur Zeit der letzten Delegationsberathungen zugeschriebenen bedrohlichen Charakter an sich. Nicht diese lokale Frage, noch die politische Situation der Monarchie an sich erwecke gegenwärtig so allgemeine Besorgnisse, vielmehr sei es die allgemeine europäische Lage mit ihren Wechselwirkungen zwischen Ost und West, welche derartig den Stempel der Unsicherheit trage, daß fast alle Staaten veranlaßt seien, ihre Wehrkraft durch rechtzeitige Vorsichtsmaßregeln zu stärken. Entsprechend der durchaus friedlichen, konservativen Politik der Monarchie werde alles Mögliche geschehen, um die Monarchie vor der furchtbaren Kalamität eines Krieges zu bewahren. Auch heute sei die Monarchie unmittelbar von einer Kriegsgefahr nicht bedroht; die vorgeschlagenen Maßnahmen seien rein defensiver Natur. Der Minister hob schließlich hervor, je entschlossener und einmüthiger die Gesammt-Monarchie zeige, daß sie mit Energie, Kraft und Opferwilligkeit für ihre Interessen und den allseitig gewünschten Frieden einzutreten entschlossen sei, desto mehr Aussicht sei vorhanden, den Krieg unmöglich zu machen. Der Minister empfahl die Vorlage zur einstimmigen Annahme, ihr Ziel sei nicht die Kriegsvorbereitung, sondern die Friedenssicherung. Nachdem noch Vize-Admiral von Sterneck ausführlich die für die Marine zu treffenden Maßnahmen erörtert hatte, wurden die in der Regierungsvorlage enthaltenen Anträge, wie bereits gemeldet, angenommen.

Paris, 1. März. Der Feldzug der Pariser Presse zur Verdrängung des deutschen Einflusses in Italien zu Gunsten des französischen dauert fort: die „Republique Francaise" findet sogar, daß, je mehr das Berliner Kabinet wühle, der politische Kredit im italienischen Volke schwinde. Wenn das deutsche Ansehen so fest steht, wie die Franzosen ja selbst durch ihre Hetzereien zugestehen, so braucht das Berliner Kabinet doch nicht zu wühlen; der französische Angriff ist nur insofern beachtenswerth, weil er zeigt, zu welchen Mitteln die Franzosen greifen: man droht dem Könige Humbert mit dem italienischen Volke, arbeitet also offen auf Umsturz hin, wenn die Krone sich nicht der französischen Heerfolge unterwerfen will. In dem alten Traume von der Erhebung der französischen Republ tkzur Sonne eines Republikensystems begegnen sich Opportunisten und Radikale; aber der Traum, der zu Anfang des Jahrhunderts so kurz war und Europa so schlecht bekommen ist, hat am Schlusse des Jahrhunderts noch weniger Aussicht auf Dauer; und ein kurzer Versuch, Belgien wieder zu republikanisiren oder die Schweiz zu zerstückeln und zu gallisiren oder in Norditalien die rothe Fahne zu akklimatisiren, wäre ja doch sicher nicht bloß ein gefährlicher, sondern auch ein sehr kostbarer Versuch für Mittel- und Westeuropa. Die „France" ist heute naiv genug, in der Frage: „Warum wir Boulanger lieben", zu gestehen: „Die Franzosen zeichnen sich durch ihren Geist des Haders, des Widerspruchs, durch ihre Nörgelei aus. Sie langweilen sich, wenn sie einverstanden sind, sie haben ihre Freude daran, einander zu widersprechen." Die „France" überträgt diese französische Manier auf die Beurtheilung Boulangers und gesteht, derselbe sei so populär geworden, weil es genüge, daß ein Feind rufe: „Weg mit Boulanger!" um sofort die Franzosen zu erhitzen. Wie, Sie wollen den Boulanger nicht? „Es lebe Boulanger!" Und, setzt die „France" hinzu: „Wir würden rufen: „Vive Lambert! Vive Paulus! Vive Coquelin!", wenn Lambert, Paulus oder Coquelin uns als ein gefährlicher Mann für Deutschland bezeichnet würde. Jeder, der Deutschland haßt, ist der Mann unserer Liebe." Man sieht, wie frivol und hohl dieser Boulanger-Kultus betrieben wird. Dabei kommt die „France" aber auch wieder auf „le vile populace de Cologne" zurück, der dem Boulanger ein Bein ausgerissen und ihm auf den Rücken geschrieben hat „Becker", das da ist die Uebersetzung von Boulanger in's Deutsche. Diese Uebersetzung hat die französischen Patrioten zu dem begeisterten Rufe angeregt: „Ihr haut ihn? Das war ein Grund mehr, ihn zu lieben." Also sogar an der Begeisterung für Boulanger sind die Deutschen schuld; wenn also etwa die deutschen „Reptilien" sagten: „der Boulanger ist ein Biedermann und sollte Fridolin heißen!" so würden morgen die Genossen der „France" rufen: „Wie, Boulanger ein Biedermann? Boulanger ist ein Lump!" Also! . . . Uebrigens haben die Franzosen von je her das Ansehen ihrer Generäle nach der deutschen Taxe beurtheilt. So schreibt ein „alter Franktireur von 1870", doch jedenfalls in der Zuversicht, Leute zu finden, die solche Albernheiten glauben, an die „Revanche": „Im Jahre 1868 oder 1869 starb Marschall Niel, Urheber des Entwurfes für die Reorganisation der Armee und die Bildung der Mobilgarde, zwei Ideen, die damals das französische Volk nicht begriff. Aber die Deutschen sahen klarer und sobald der Tod des in Frankreich verkannten Patrioten, der in Deutschland verhaßt war, bekannt wurde, wurden mehr als die Hälfte der Berliner Häuser zum Zeichen der Freude beflaggt." Die Berliner werden sich wundern, hier zu erfahren, daß sie am 13. August 1869 geflaggt haben.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 4. März. Hat ein Richter in Ausübung der Sitzungspolizei dem Vernommenen oder einer anderen, der Sitzung beiwohnenden Person wegen Ungebühr eine sofort zu verbüßende Haftstrafe auferlegt, so ist nach einem Urtheil des Reichsgerichts, 3. Strafsenats, vom 10./17. Januar d. J., falls gerade der zur Vollstreckung berufene Gerichtsdiener abwesend ist, der Richter persönlich befugt, die von ihm erkannte Ordnungsstrafe zu vollstrecken, wenn er die sofortige Ausführung der verfügten Strafe im Interesse wirksamer Uebung der Sitzungspolizei für geboten, und die Möglichkeit der Beeinträchtigung der Würde des Gerichts durch sein persönliches Eingreifen für ausgeschlossen erachtet. Der ihm bei der Vollstreckung vom Thäter geleistete Widerstand ist aus § 113 des Str.-G.-B. zu bestrafen.

— Gestern Morgen verstarb nach längerem Leiden der Stadtälteste und Stadtrath a. D. August Zapp.

— Wie sehr sich die hiesigen Sozialdemokraten durch die angebliche von den Freisinnigen kolportirte Depesche haben düpiren lassen, geht jetzt auch aus den Berliner Stichwahlen hervor. Nach den bekannt gewordenen Zahlen haben sich auch in Berlin die Sozialdemokraten in allen den Fällen, wo ein Deutschfreisinniger und ein Kartellkandidat zur Stichwahl stand, größtentheils der Abstimmung enthalten. Nur für Professor Virchow hat eine größere Zahl derselben gestimmt. Die Kartellparteien haben dafür auch ihrerseits in der Stichwahl zwischen Rechtsanwalt Munckel und dem Sozialdemokraten Christensen sich nicht an der Abstimmung betheiligt.

— Den weiteren Berathungen der Gewerbekammer für die Provinz Pommern entnehmen wir Folgendes: In Bezug auf die Frage: „Wie ist den Handwerkern in den kleinen Städten und auf dem Lande, welche häufig nicht einmal die richtigen Bezugsquellen kennen, die Beschaffung guter und billiger Rohmaterialien zu erleichtern und wie ist ihr persönlicher Kredit zu heben und zu festigen? (Bildung von Vereinen zur gemeinschaftlichen Beschaffung von Rohmaterialien und Bildung von in Pommern noch fast gar nicht vorhandenen Raiffeisen'schen Darlehnskassen)" wurde beschlossen, daß „die Gewerbekammer die Bildung von Vereinen zur Beschaffung von Rohmaterialien und Bildung von Raiffeisen'schen Darlehnskassen zur Zeit nicht für empfehlenswerth halte", und weiter gelangte folgender Antrag zur Annahme: „Zur Hebung des Handwerks erachtet die Gewerbekammer es für dringend nothwendig, daß die gelegentlich der Abhaltung von Luxus- und Pferdemärkten zu verloosenden gewerblichen Waaren möglichst von den betreffenden Gewerbetreibenden der Provinz zu entnehmen sind, und ersucht eine hohe Regierung, dem entsprechend Fürsorge zu treffen." In Bezug auf die Frage: „Ist in der Provinz Pommern dem Bedürfniß nach Immobiliarkredit beim Kleingrundbesitz ebenso entsprochen wie beim Großgrundbesitz, und ist die Möglichkeit, auf reeller Basis Personalkredit in höherem Maße und in anderer Art als bisher zu erlangen, auch für die kleineren Landwirthe vorhanden?" wurde nach längerer Debatte folgender Antrag angenommen: „Die Gewerbekammer für die Provinz Pommern wolle beschließen, dem Bedürfniß nach Immobiliar-Kredit-Instituten ist bei dem Kleingrundbesitz noch erheblich weniger als bei dem Großgrundbesitz, bei dem Kleingrundbesitz, welcher weniger als 240 Mark Grundsteuer-Reinertrag hat, gar nicht entsprochen. Der pommersche Landkreditverband ist als das berufenste Institut zur Befriedigung des berechtigten Immobil-Kreditbedürfnisses für den Kleingrundbesitz allerdings nur bis zu einer gewissen Grenze nach unten anzusehen, bedarf aber einer Reform, namentlich hinsichtlich der Beleihungsmodalität und der Beleihungsgrenze, um dieser Aufgabe genügen zu können. Die wirthschaftliche Nützlichkeit, den Personalkredit der kleinen Landwirthe zu pflegen und auf reeller Basis auszubauen, kann nur da gefunden werden, wo intensive und Geldwirthschaft herrscht. Als Mittel zu diesem Zweck sind zu bezeichnen, neben den bereits sehr segensreich wirkenden Kreissparkassen die Solidarhaft, vorzugsweise in Form der Schulze-Delitzsch'schen Genossenschaften." Ein von den Herren Kühnemann-Stettin, Eschricht-Swinemünde, Wallis-Wolgast und Schmok-Stralsund eingebrachter Antrag „auf Berathung über die Vortheile der Aufhebung des Identitätsnachweises beim Export von Getreide" wurde nach längerer Debatte bis zur nächsten Session vertagt, da die Gewerbekammer über die durch den Antrag angeregte Frage sich noch nicht genügend informirt erachtet.

— Der „Stettiner Chorgesang-Verein," welcher unter der umsichtigen Leitung seines Dirigenten, des Herrn Richard Hillgenberg, in der kurzen Zeit seines Bestehens einen erfreulichen Aufschwung genommen hat und immer mehr danach strebt, ein Kunstverein zu werden, der sich ähnlichen Vereinen getrost an die Seite stellen kann, hat soeben seinen neuesten Prospekt herausgegeben, der in hiesigen Musikalienhandlungen, sowie in der Wohnung des Dirigenten, Falkenwalderstraße 13, part., unentgeltlich ausgegeben wird. Die Thätigkeit des Vereins, welche sich nicht nur auf die Pflege des a capella-Gesanges, sondern auch auf Kammermusik und Solovorträge erstreckt, dürfte mit Recht die Sympathie des musikliebenden Publikums erregen und ihm immer weitere Mitglieder zuführen. Am Freitag, den 11. d. Mts., veranstaltet der Verein seine dritte Abendunterhaltung, die sich wiederum, wie die früheren, durch ein äußerst wechselvolles und interessantes Programm auszeichnet, worauf wir hiermit noch besonders aufmerksam machen wollen.

— Landgericht. Strafkammer 1. — Sitzung vom 3. März. — Es mag ein recht bewegtes Leben sein, auf welches die Kaufmannswittwe Louise Charlotte Heyse, geb. von Köller-Banner, zurückblicken kann; eine glückliche Jugend unter den Augen sorgsamer, hochachtbarer Eltern, eine Ehe unter den denkbar günstigsten Verhältnissen, vor jeder Noth gesichert, und beim Beginn des Lebensabends — dem Verbrechen verfallen als Betrügerin, welche ihren alten, noch im guten Ansehen stehenden Familiennamen zum Deckmantel ihrer Betrügereien benützt. Wohl nicht ganz ohne eigene Schuld sind die finanziellen Verhältnisse der Frau H. seit Jahren nicht so glänzend, um ein Leben auf großem Fuße führen zu können, aber — jung gewohnt, alt gethan — Frau H. war nicht dazu angelegt, sich in Einschränkungen zu fügen, sie zog es vor, die abschüssige Bahn des Verbrechens zu betreten; in Stuttgart wurde sie bereits mit einem Jahre Gefängniß bestraft, weil sie Geschäftsleute ꝛc. dadurch schädigte, daß sie unter dem hochklingenden Namen einer „Baronin" oder „Freiin" Waaren bestellte, welche sie sodann sofort weiter veräußerte. Diese Strafe scheint indessen die Wirkung verfehlt zu haben, denn heute mußte Frau H. bereits wiederum die Anklagebank betreten, um sich wegen ähnlicher Schwindeleien zu verantworten. Sie hatte im Jahre 1884 in Stettin Wohnung genommen und in den Jahren 1885 und 1886 bei Kaufleuten in Berlin, Breslau und Bielefeld Waaren bestellt und dabei theils sofortige Bezahlung, theils einen späteren bestimmten Termin zur Bezahlung in Aussicht gestellt. Auf diese Weise erhielt Frau H. Glas- und Porzellanwaaren, Stoffe, Betten, Möbel, Leinen, Garderobe, Haushaltungs-Gegenstände u. s. w. im Gesammt-Betrage von über 3000 Mark. Die Bezahlung der Kaufleute blieb aus und mußte ausbleiben, weil Frau H. zur Zeit der Bestellung nicht die Mittel besaß, um die Waarenschuld zu bezahlen. Ihr Einkommen belief sich nur auf eine jährliche Rente von 600 Mark und außerdem hatte sie einen Prozeß wegen 4000 Thaler angestrengt, der auch in erster Instanz zu ihren Gunsten entschieden war, aber noch bei dem Ober-Landesgericht schwebt. (Inzwischen ist das Urtheil der ersten Instanz aufgehoben und dadurch der Prozeß zu ihren Ungunsten entschieden.) Auch heute berief sich die Angeklagte auf diesen Prozeß und führte aus, daß sie mit Sicherheit darauf gerechnet habe, das eingeklagte Geld zu erhalten und deshalb habe ihr auch die Absicht des Betruges fern gelegen. Der Gerichtshof war jedoch anderer Ansicht, er nahm an, daß fortgesetzter Betrug vorliege und verurtheilte die Angeklagte zu 1 Jahr Gefängniß und 1 Jahr Ehrverlust.

Aus den Provinzen.

Vermischtes aus Pommern.

Pasewalk. Für die Unterhaltung der Natural-Verpflegungsstationen im Kreise Ueckermünde sind für das Jahr 1886 87 5662 Mark 40 Pf. erforderlich, welche Summe von den Gemeinden aufgebracht werden muß. Auf die Stadt Pasewalk entfallen hierbei 1405 Mark 57 Pfg. Zur Bewilligung dieses Betrages wird wohl der nächsten Stadtverordneten-Versammlung bereits Vorlage gemacht werden.

Theater, Kunst und Literatur.

Theater für heute. Stadttheater: Benefiz für Herrn Fender. „Der Aktienbudiker." Große Posse mit Gesang in 3 Akten.

Sonnabend. Stadttheater: Volksthümliche Vorstellung zu ermäßigten Preisen. „Minna von Barnhelm." Lustspiel in 5 Akten.

Vermischte Nachrichten.

— (Auch ein Beruf.) Die Marquise hat vor einigen Wochen ihren Gatten verloren. Ein Bekannter staunt über ihr rosiges Aussehen, verfällt über ihre frohe Laune in Entzücken und bricht schließlich in folgenden Ruf der Begeisterung aus: „Ah, Marquise, Sie sind zur Wittwe wie geboren!"

Entscheidungen deutscher Gerichtshöfe.

(Nach den neuesten Zeitschriften und Sammlungen.)

Die dem Gläubiger für „alle" gegenwärtig und künftig ihm gegen den Schuldner zustehenden Forderungen von diesem bestellte Sicherheit haftet nicht auch für die ihm später von einem anderen Gläubiger zedirten Forderungen. Es würde solches dem Wesen des eingegangenen Rechtsgeschäftes, das lediglich auf Eröffnung eines Kredits gerichtet ist, widerstreiten. U. 1. Zivilsen. R.-G. vom 7. April 1886.

Hat der Gläubiger nach Zivilrecht (z. B. Code civil) oder nach Vertrag die schuldige Summe beim Schuldner abzuholen, so wird jener, wenn es sich nicht um eine Wechselforderung handelt, erst nach der von Seiten des Schuldners an ihn ergangenen Aufforderung, die Sache von ihm abzuholen, in Vorzug gesetzt. U. obersten G.-H. Wien v. 29. April 1886.

Die Kassirung des alten Wechsels und Ausstellung eines neuen in vermindertem Betrage enthält nicht nothwendig eine Novation der ursprünglichen Wechselschuld. U. 3. Zivilsen. R.-G. v. 12. Januar 1886.

Die Abtretung eines Forderungsrechts begreift nicht die Abtretung des Cedenten gegen den abgetretenen Schuldner auf Rechnungsstellung, wo ein solcher dem Gläubiger überhaupt zusteht. U. O.-L.-G. Hamburg v. 14. Juli 1886.

Wenn bei einem Fixgeschäfte die rechtzeitige Versendung der Waare versäumt wird, kann der Kaufpreis für dieselbe nicht gefordert werden. U. dess. G.-H. v. 6. Juli 1886.

Bei der Klage auf Erfüllung gegen den, der ohne Vollmacht für einen Andern einen Vertrag abgeschlossen hat, bildet das Nichtvorhandensein der Vollmacht den vom Kläger zu beweisenden Klagegrund. U. 1. Zivilsenats R.-G. vom 24. März 1886.

Bankwesen.

Braunschweigische Landesschuldverschreibungen. Die nächste Ziehung findet Mitte März statt. Gegen den Kursverlust von ca. 4 Prozent bei der Auslosung übernimmt das Bankhaus Karl Neuburger, Berlin, Französische Straße 13, die Versicherung für eine Prämie von 12 Pf. pro 100 Mark.

Verantwortlicher Redakteur: W. Sievers in Stettin.

Telegraphische Depeschen.

München, 3. März. Prinz Leopold von Baiern ist zum General der Kavallerie und zum kommandirenden General des 1. Armeekorps ernannt worden.

Pest, 2. März. In der heutigen Abendsitzung der österreichischen Delegation wurde der Bericht des Referenten einstimmig und ohne Debatte genehmigt. Die Plenarsitzung findet voraussichtlich am Freitag statt.

Paris, 3. März. Dem gestrigen Diner auf der deutschen Botschaft wohnten die Minister Goblet und Flourens, Madame Flourens, der italienische Botschafter, der schwedische Gesandte und Herr v. Lesseps bei.

Paris, 3. März. Nach aus Bulgarien hier vorliegenden Meldungen hätte die Garnison von Silistria eine Stellung vorwärts der Stadt eingenommen, um den gegen sie herbeigerufenen Truppen aus Rustschuk und Schumla den Weg zu verlegen, zu einem Zusammenstoß zwischen diesen Truppen und der Garnison von Silistria sei es bis jetzt noch nicht gekommen. Gerüchtweise verlaute ferner von einer aufständischen Bewegung in der Gegend von Tatarbasardschik. Von der rumänischen Regierung würden zur Vorsorge Truppen an der Grenze zusammengezogen, auch türkischerseits würden Truppen an der rumelischen Grenze konzentrirt.

London, 3. März. Ein Telegramm aus Bombay von heute meldet, daß nach dort vorliegenden Nachrichten der Emir von Afghanistan einen Aufruf an seine Unterthanen erlassen habe, sich auf einen heiligen Krieg vorzubereiten; alle Knaben zwischen 10—18 Jahren haben täglich Uebungen abzuhalten, die Männer über 18 Jahre sollen in die Armee eintreten.

Petersburg, 3. März. Die dieser Tage im Finanzministerium begonnenen Berathungen wegen Einführung des Tabakmonopols sollen den Blättern zufolge baldmöglichst abgeschlossen werden, eventuell eine im Reichsrathe einzubringende diesbezügliche Vorlage zur unmittelbaren Fo[illegible] haben.

Herzog Johann Albrecht von Mecklenburg nebst Gemahlin sind hier eingetroffen.

Chicago, 2. März. Die zum Tode verurtheilten Anarchisten haben bei dem obersten Gerichtshofe von Illinois ein Gesuch um Einleitung eines neuen Prozesses eingereicht.

Briefkasten.

Herrn B . . . . Ihre Mittheilungen sind äußerst interessant und würden wir Sie bitten, uns mit Ihrem Besuche zu beehren. Das Wahlresultat im 29. Bezirk kann ohne Zweifel angefochten werden. Ueber die Vorgänge im 10., 11., 12. und 13. Bezirk sehen wir den versprochenen näheren Mittheilungen entgegen. Aehnliches wird uns übrigens auch von anderer Seite berichtet. Leider können wir nicht allein über die Erfüllung Ihres Wunsches beschließen.